

über die 17. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 14.12.2016

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn: 17:05 Uhr
Ende: 21:53 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

Herr Ingo Elsner

Herr Hasan Ergen

Herr Patrick Fuest

Herr Florian Große-Allermann

Frau Carina Häusler

Frau Julia Häusler

Herr Dr. Florian Klein

Frau Vanessa Klein

Frau Janne Koch

Herr Tim Kögler

Herr Michael Lück

Frau Ann-Cathrin Nellen

Herr Steffen Pawlik

Herr Holger Radenbach

Herr Benedikt Reich

Herr Lucas Risse

Frau Bianca Rosenstetter

Frau Kathrin Sarin

Herr Sven Schuhen

Herr Joris Schüller

Frau Monika Sikora

Frau Laura Töpfer

ab Tagesordnungspunkt ö 37

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Günter Bosbach

Herr Tim Brühland

Herr Markus Gronauer

Frau Gabriele Hackel

Herr Michael Nagy

Herr Peter Werner

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller
Frau Stefanie Rohm
Herr Alexander Schumacher

ab Tagesordnungspunkt ö 28

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Stephan Emmeler
Herr Manfred Poell

FDP

Herr Andreas Wölk

DIE LINKE

Frau Badi Özgültekin

Rechnungsprüfung

Herr Georg Mittmann

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Sonja Baumhauer
Frau Simone Feldmann
Herr Martin Frömmer
Herr Peter Heimann
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Frau Sabine Noll
Frau Christiane Schärfke
Herr Marc Steven
Herr Robert Ullrich
Herr Thomas Zitzmann

Vertreter für Thomas Waters

Schriftführerin

Frau Beate Hellingrath

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder der PETO-Fraktion

Frau Brinja Bures
Herr Torsten Kinzel
Frau Lisa Pientak

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Bruno Kosmala

von der Verwaltung

Frau Gisela Herforth
Herr Thomas Waters

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Kenntnisnahme der Niederschrift der 16. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 26.10.2016 - öffentlicher Teil -	
3	Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (28.09. und 26.10.2016) - öffentlicher Teil	IX/1005
4	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	
5	Weiterentwicklung des Programms "Aktiv zusammen leben" zur Miniprojektbörse "Aktiv inklusiv!"	IX/0956
6	Satzung für die Übergangswohnheime und Wohnungen der Stadt Monheim am Rhein zur vorläufigen Unterbringung von obdachlosen Personen und zugewiesenen ausländischen Flüchtlingen	IX/0957/1
7	Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet Monheim am Rhein im Jahr 2017	IX/0931
8	Satzung über die Erhebung von Marktstandgebühren auf dem Gänselieselmarkt der Stadt Monheim am Rhein	IX/0937
9	Entscheidung über die Verleihung des Integrationspreises 2016 der Stadt Monheim am Rhein	IX/0916
10	Unterstützung der Stadt Monheim am Rhein für das Mehrgenerationenhaus der Ev. Kirchengemeinde Monheim	IX/0999
11	Fortschreibung des Integrationskonzeptes für die Stadt Monheim am Rhein	IX/0917
12	Andrés Segovia Jugendwettbewerb für Gitarre	IX/0944
13	Neugestaltung Kinderspielplatz Ulmenweg - Baubeschluss	IX/0958
14	Auslaufen des Gewalt- und Kriminalpräventionsprojektes der Kinder-Notinseln	IX/0961
15	1. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Monheim am Rhein (Grundstücksentwässerungssatzung) vom 24.09.2015"	IX/0934
16	3. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 18.12.2014"	IX/0986/1
17	8. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"	IX/0950

18	2. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012"	IX/0970
19	8. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"	IX/0976/2
20	3. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008"	IX/0987
21	Umgestaltung des Altstadtplatzes Kradepohl	IX/0965
22	Umgestaltung der Kreuzung Baumberger Chaussee / Niederstraße zu einem Kreisverkehrsplatz	IX/0941
23	Umsetzung des Radschnellweges auf Monheimer Stadtgebiet	IX/0949
24	Abschlussbericht integriertes energetisches Quartiersanierungskonzept für das Berliner Viertel	IX/0982
25	Bebauungsplan 126M "Menk-Gelände" 1. Behandlung der Anregungen 2. Satzungsbeschluss 3. städtebaulicher Vertrag	IX/0828
26	Bebauungsplan 94.1M - 3. Änderung "Am Kielsgraben" 1. Abwägung der Anregungen 2. Satzungsbeschluss	IX/0926
27	Bebauungsplan 49B "Gewerbegebiet Knipprather Busch" - 2. Änderung Verlängerung der Veränderungssperre	IX/0967
28	Vergabe von Straßennamen 2. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	IX/0975/1
29	Fortführung integriertes Handlungskonzept	IX/0979
30	Mo.Ki-Cafe Baumberg	IX/0969
31	Ausbau des Städtischen Bürgerservice - "Rathaus kompakt" -Inneneinrichtung Bürgerbüro und Empfangsbereich-	IX/1001
32	MonChronik-Modul "Aalschokker" sowie Neuherrichtung Parkplatz Klapperstorstraße - Baubeschluss -	IX/0997
33	Schulzentrum Berliner Ring - Planungsauftrag Umbau im Bestandsgebäude -	IX/0984
34	Sanierung und Neubau der städtischen Übergangwohnheime Niederstraße -Baubeschluss-	IX/1002

35	Beteiligungsbericht der Stadt Monheim am Rhein 2015/2016	IX/1004
36	Optionserklärung zur Umsatzbesteuerung	IX/0953
37	Stellenplan 2017	IX/0940
38	Haushaltssatzung 2017	IX/0942/1
39	Antrag der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen "Verfahren zur Kontrolle der Umsetzung von Ratsbeschlüssen"	IX/0914
40	Antrag der SPD-Fraktion vom 30.11.2016 "Übertragung der Sitzungen im Internet (Livestream)"	IX/1007
41	Nachwahlen und Nachbenennungen von Mitgliedern in Ausschüssen	IX/1008
42	Mündliche Mitteilungen	
43	Mündliche Anfragen	

Sitzungsergebnis:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die 17. Sitzung des Rates und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend weist der Bürgermeister darauf hin, dass sich folgende Ratsmitglieder für die Sitzung entschuldigt haben:

Frau Lisa Pientak, Frau Brinja Bures und Herr Torsten Kinzel (alle von der PETO-Fraktion),
Herr Bruno Kosmala (CDU-Fraktion).

Ratsherr Gronauer (CDU) meldet sich zu Wort und erklärt, diesen Tagesordnungspunkt nutzen zu wollen, um gemeinsam mit seinen Ratskollegen Goller (SPD) und Nagy (CDU) die im Rahmen eines Bürgerbegehrens gesammelten Unterschriften zu überreichen.

Dies sei bei diesem Tagesordnungspunkt nicht möglich, erklärt der Bürgermeister. Da das Bürgerbegehren von den Ratsmitgliedern nicht in dieser Eigenschaft, sondern als Bürger initiiert worden sei, könnten sie die Unterschriften nicht bei diesem Tagesordnungspunkt abgeben.

Die Nachfrage von Ratsherrn Goller (SPD-Fraktion), ob er die Unterschriften im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner überreichen könne, wird durch den Bürgermeister bejaht.

Gegen die vorgelegte Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der 16. Sitzung des Rates der Stadt Monheim am Rhein vom 26.10.2016 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

3 Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen (28.09. und 26.10.2016) - öffentlicher Teil
Vorlage: IX/1005

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen bezieht sich auf die Ausführung zu Drucksache-Nr. IX/0866/1 „Entwicklung eines Konzeptes für das Projekt Essbare Stadt“. Anders als die Verwaltung ausgeführt habe, sei ihm keine Ankündigung über den Ratsbeschluss bekannt geworden.

Der Bürgermeister erklärt, dass der von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vorgelegte Antrag in geänderter Form beschlossen worden sei. Beschlussgemäß würden Bürgerinnen und Bürger, Vereine oder andere Gruppen von der Verwaltung unterstützt, wenn diese Anträge stellen würden, um öffentliche Grünflächen mit essbaren Nutzpflanzen zu bepflanzen.

Nachdem die unterschiedlichen Auffassungen zur Auslegung des Ratsbeschlusses zwischen antragstellender Fraktion und dem Bürgermeister ausgetauscht wurden, hält der Bürgermeister fest, dass er eine Empfehlung von geeigneten Grundstücken seitens der Verwaltung für problematisch halte. Sinnvoller sei es, dass Interessenten mit Vorschlägen bei der Verwaltung vorstellig würden, um dann nach Prüfung des Einzelfalls öffentliche Grundstücke zur Verfügung zu stellen.

Der Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen wird zur Kenntnis genommen.

4 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Die Herren Goller, Gronauer und Nagy melden sich zu Wort und fragen an, ob der Bürgermeister bereit sei, die im Rahmen des Bürgerbegehrens mit der Überschrift „Keine Steuergelder für Moscheegrundstücke“ gesammelten nahezu 3.000 Unterschriften entgegenzunehmen. Sie wollten mit der Übergabe der Unterschriften das gesetzlich vorgeschriebene Verfahren in Gang setzen.

Der Bürgermeister nimmt die Unterschriftenlisten entgegen und erklärt, dass er das Bürgerbegehren, wie schon zuvor mehrfach ausgeführt, für unzulässig hält.

Die Fragestellung sei viel zu unspezifisch formuliert, da der Ratsbeschluss aus mehreren Punkten bestünde. Für Bürger sei nicht ersichtlich, welche Teile des Ratsbeschlusses durch das Bürgerbegehren aufgehoben werden sollen.

Auch der politischen Diskussion sehe er gespannt entgegen, da die für das Bürgerbegehren gewählte Überschrift populistisch sei und durchaus von der AfD hätte sein können. Der Tenor des Bürgerbegehrens bediene Ressentiments gegenüber den islamischen Gemeinden. Das bedaure er sehr.

Unabhängig von dieser persönlichen Einschätzung werde er nach der Überprüfung der vorgelegten Unterschriften dem Rat in der nächsten regulären Sitzung eine Vorlage mit dem Prüfergebnis vorgelegen. Letztendlich fiele es dann in die Entscheidung des Rates, ob das Bürgerbegehren für zulässig oder nicht zulässig erachtet werde.

Sollte der Rat das Bürgerbegehren für unzulässig erachten, stünde den Initiatoren

der Klageweg offen.

Der Bürgermeister merkt abschließend noch an, dass er aufgrund der stattgefundenen Vorgespräche nicht mehr mit der Einreichung der Unterschriftenliste gerechnet habe und er geglaubt habe, dass die Initiatoren sich die für sie unangenehme Debatte hätten ersparen wollen.

Weitere Wortmeldungen liegen derzeit nicht vor.

Der Bürgermeister erklärt, die 2. Fragezeit um 18.00 Uhr oder nach Beendigung der Beratung des dann laufenden Tagesordnungspunktes erneut aufzurufen.

**5 Weiterentwicklung des Programms "Aktiv zusammen leben" zur Miniprojektbörse "Aktiv inklusiv!"
Vorlage: IX/0956**

Der Bürgermeister beantwortet die vor der Ratssitzung von Ratsherrn Wölk - FDP - schriftlich eingereichte Frage wie folgt:

1. Die Verwaltung befürwortet eine transparente Berichterstattung zur Projektförderung und wird über die Aktivitäten in angemessener Weise im Ausschuss für Generationen, Kultur, Soziales und Ordnung berichten. Dies beinhaltet insbesondere auch eine Darstellung zur jährlichen Mittelvergabe (Höhe und Empfänger) sowie der daraus resultierenden Budgetentwicklung für Folgejahre.
2. Die Miniprojektbörse soll die Idee der derzeit laufenden Projektförderung „aktiv zusammenleben“ wie aufgezeigt aufgreifen und bezogen auf den Inklusionsgedanken noch intensivieren. Konkret soll es der gesamten Einwohnerschaft auch weiterhin ermöglicht werden auf möglichst niederschwelligem Wege schnell und unkompliziert sinnvolle und der Inklusion dienende Projekte und Maßnahmen zu ermöglichen, bzw. diese zu unterstützen. Der bislang als Förderjury fungierende „Begleitausschuss“ wird seine Tätigkeit dem im Inklusionsprozess verankerten Lenkungsgremium „Runder Tisch Monheim inklusiv“ übertragen. Vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Rat, wird die Verwaltung die Einzelheiten zur Projektförderung ausarbeiten. Grundsätzlich soll die Förderung aber nicht auf einen maximalen Höchstbetrag pro Antrag beschränkt sein (wie bisher in Höhe von 1.000 EUR), um eine flexible Förderung auch größerer Vorhaben zu ermöglichen. Angedacht ist eine quartalsweise Vergabe der Mittel in gleichen Teilen von 6.250,-- EUR. Sollten diese Mittel aufgrund fehlender Anträge in dem jeweiligen Quartal nicht ganz oder teilweise zu verausgaben sein, dann würde sich das Förderbudget des Folgequartals entsprechend erhöhen.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Wölk, erklärt der Bürgermeister, dass regelmäßig über den Zwischenstand der Miniprojektbörse im Ausschuss für Generationen, Kunst, Soziales und Ordnung berichtet werde. Diese Zusage werde ins Protokoll aufgenommen.

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die Weiterentwicklung des Projektes: "Aktiv zusammen leben" zur Miniprojektbörse „Aktiv inklusiv!“ im

dargestellten Umfang und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung und Festlegung der Einzelheiten. Hierfür werden im Produkt 01.02.00 insgesamt 25.000 EUR im Jahr 2017 und jeweils in den Folgejahren etatisiert.

einstimmig zugestimmt

- 6 Satzung für die Übergangswohnheime und Wohnungen der Stadt Monheim am Rhein zur vorläufigen Unterbringung von obdachlosen Personen und zugewiesenen ausländischen Flüchtlingen**
Vorlage: IX/0957/1

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die anliegende Satzung für die Übergangswohnheime und Wohnungen der Stadt Monheim am Rhein zur vorläufigen Unterbringung von obdachlosen Personen und zugewiesenen ausländischen Flüchtlingen. Die Anlagen sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 7 Erlass einer Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Stadtgebiet Monheim am Rhein im Jahr 2017**
Vorlage: IX/0931

Beschluss

Die anliegende ordnungsbehördliche Verordnung zur Offenhaltung von Verkaufsstellen in der Stadt Monheim am Rhein an Sonntagen im Jahr 2017 wird beschlossen.

Die Anlage 1 dieser Vorlage ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

28 Ja-Stimmen: 22 PETO, 2 SPD, 1 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP, 1 Linke, 1 BM

7 Nein-Stimmen: 6 CDU, 1 Bündnis90/Die Grünen

mehrheitlich zugestimmt

- 8 Satzung über die Erhebung von Marktstandgebühren auf dem Gänselieselmarkt der Stadt Monheim am Rhein**
Vorlage: IX/0937

Beschluss

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt die anliegende Satzung über die Erhebung von Marktstandgebühren auf dem Gänselieselmarkt der Stadt Monheim am Rhein.

Die anliegende Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 9 Entscheidung über die Verleihung des Integrationspreises 2016 der Stadt Monheim am Rhein**

Vorlage: IX/0916**Beschluss**

Der Rat der Stadt Monheim am Rhein verleiht den Integrationspreis 2016 nach Beschluss der Jury und gemäß den Richtlinien zur Vergabe des Integrationspreises an das Chorprojekt „POP-Chor“ unter der Leitung von Rabih Lahoud aus Monheim am Rhein.

einstimmig zugestimmt

10 Unterstützung der Stadt Monheim am Rhein für das Mehrgenerationenhaus der Ev. Kirchengemeinde Monheim
Vorlage: IX/0999

Beschluss

1. Die Stadt Monheim am Rhein bekennt sich zum Mehrgenerationenhaus der Evangelischen Kirchengemeinde Monheim, Friedenauer Str. 17.II.
2. Das Mehrgenerationenhaus der Evangelischen Kirchengemeinde ist Bestandteil der kommunalen Planungen zum demografischen Wandel und zur Sozialraumentwicklung im Wirkungsgebiet des Mehrgenerationenhauses.

einstimmig zugestimmt

11 Fortschreibung des Integrationskonzeptes für die Stadt Monheim am Rhein
Vorlage: IX/0917

Beschluss

1. Der Rat der Stadt Monheim am Rhein beschließt das fortgeschriebene Integrationskonzept der Stadt Monheim am Rhein. Das anliegende Konzept ist Bestandteil des Beschlusses.
2. Die Verwaltung wird mit der Umsetzung des Integrationskonzeptes beauftragt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, über die Umsetzung einzelner Maßnahmen regelmäßig zu berichten.

einstimmig zugestimmt

12 Andrés Segovia Jugendwettbewerb für Gitarre
Vorlage: IX/0944

Beschluss

1. In den Jahren 2018, 2020 und 2022 wird der Andrés Segovia Jugendwettbewerb für Gitarre in Monheim am Rhein durchgeführt.
2. Die Durchführung des Wettbewerbs erfolgt in Zusammenarbeit von Stadt Monheim am Rhein und der European Guitar Teachers Association Deutschland e.V. (EGTA D).

3. Die zur Wettbewerbsdurchführung benötigten Raumressourcen und finanziellen Mittel werden zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

29 Ja-Stimmen: 22 PETO, 2 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP, 1 LINKE, BM
6 Nein-Stimmen: CDU

mehrheitlich zugestimmt

13 Neugestaltung Kinderspielplatz Ulmenweg - Baubeschluss
Vorlage: IX/0958

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen auf Basis des vorgelegten Gestaltungsentwurfs zur Umsetzung der Neuausstattung des Kinderspielplatzes im Bereich Ulmenweg zu realisieren.

einstimmig zugestimmt

14 Auslaufen des Gewalt- und Kriminalpräventionsprojektes der Kinder-Notinseln
Vorlage: IX/0961

Die vor der Ratssitzung eingereichte schriftliche Anfrage von Ratsherrn Wölk - FDP - beantwortet der Bürgermeister wie folgt:

1. Für das Haushaltsjahr 2017 fallen keinerlei Kosten für das Projekt Kinder-Notinseln an. Mit Beginn des Projektes wurde ein einmaliger Kostenbeitrag in Höhe von 750,- € fällig. Im Anschluss wurden bei Bezug der von der Stiftung geschützten Materialien, wie zum Beispiel Aufkleber, Plakate, Flyer etc. Kosten fällig.
2. Mit Abschluss des Notinsel-Partner-Vertrages hat sich die Stadt Monheim am Rhein verpflichtet, ausschließlich die von der Stiftung Hänsel und Gretel mit Schutzrechten gesicherten Materialien einzusetzen und zu nutzen. Diese sind bei Bedarf käuflich bei der Stiftung zu erwerben. Die Nutzungs- und Verwertungsrechte werden nur dem Partner eingeräumt, eine Übertragung bedarf der Zustimmung der Stiftung. Durch den Bereich Kinder, Jugend und Familie sind Listen über die Projektpartnern zu pflegen und die Stadt hat sich zu deren Weitergabe an die Stiftung verpflichtet. Alle Projektpartner vor Ort haben sich zu unangemeldeten Besuchen von Stiftungsvertretern bereit erklären. Dem Bereich Kinder, Jugend und Familie liegen keine Informationen über solche Besuche vor. Weiterhin ist die Stadt verpflichtet bei Umfragen der Stiftung zum Projekt in angemessenem Umfang mitzuwirken. Seit 2013 wurden keine Umfragen durchgeführt.
3. Das Vertragsverhältnis kann von jeder Partei mit einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Jahresende ordentlich und ohne Angabe von Gründen schriftlich gekündigt werden. Eine außerordentliche Kündigung ist nur wegen wichtigen Einzelgründen möglich, wie bspw. Verletzungen des Vertrages. Diese liegen nicht vor. Für den Fall einer außerordentlichen Kündigung ohne

gewichtigen Grund sind vertraglich keine Sanktionen festgeschrieben.

Auf weitere Anfrage von Ratsherrn Wölk erklärt der Bürgermeister, dass der Vertrag noch bis zum 31.12.2017 gelte und eine vorzeitige Entfernung der „Notinsel-Etiketten“ nicht anzuraten sei. Die Verwaltung werde die Projektpartner informieren, dass die bestehenden Vertragspflichten noch bis Ende des Jahres 2017 einzuhalten seien.

Beschluss

Das Gewalt- und Kriminalpräventions-Projekt der Kinder-Notinseln wird in Monheim am Rhein nicht fortgeführt. Der Vertrag mit der Stiftung Hänsel+Gretel wird fristgerecht zum 31.12.2017 gekündigt.

einstimmig zugestimmt

- 15** **1. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Monheim am Rhein (Grundstücksentwässerungssatzung) vom 24.09.2015"**
Vorlage: IX/0934

Beschluss

Die 1. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage in der Stadt Monheim am Rhein (Grundstücksentwässerungssatzung) vom 24.09.2015“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 16** **3. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 18.12.2014"**
Vorlage: IX/0986/1

Beschluss

Die 3. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Grundstücksentwässerungssatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 18.12.2014“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

- 17** **8. Satzung zur Änderung der "Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008"**
Vorlage: IX/0950

Beschluss

Die 8. Satzung zur Änderung der „Satzung der Stadt Monheim am Rhein über die

Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenbedarfsberechnung sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

18 2. Satzung zur Änderung der "Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012" Vorlage: IX/0970

Beschluss

Die 2. Satzung zur Änderung der „Satzung über die Abfallentsorgung (Abfallentsorgungssatzung) in der Stadt Monheim am Rhein vom 11.06.2012“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

19 8. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" Vorlage: IX/0976/2

Beschluss

1. Die 8. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Abfallentsorgungssatzung (Abfallentsorgungsgebührensatzung) der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Rat zu seiner nächsten Sitzung ein Konzept zu einer Laubsammlung im Holsystem für die Monate Oktober und November vorzulegen.

einstimmig zugestimmt

20 3. Satzung zur Änderung der "Gebührensatzung zur Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008" Vorlage: IX/0987

Beschluss

Die 3. Satzung zur Änderung der „Gebührensatzung zur Benutzung der Friedhöfe der Stadt Monheim am Rhein vom 16.12.2008“ wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzung und die Gebührenkalkulation sind Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

**21 Umgestaltung des Altstadtplatzes Kradepohl
Vorlage: IX/0965**

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der vorgelegten Planung die Maßnahme „Umgestaltung des Altstadtplatzes Kradepohl“ baulich umzusetzen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind bereits im Haushaltsplan 2017 berücksichtigt.

einstimmig zugestimmt

**22 Umgestaltung der Kreuzung Baumberger Chaussee / Niederstraße zu einem Kreisverkehrsplatz
Vorlage: IX/0941**

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechend der vorgelegten Planung die Maßnahme „Kreisverkehrsplatz Baumberger Chaussee / Niederstraße“ baulich umzusetzen. Die hierfür erforderlichen Mittel sind bereits im Haushaltsplan 2017 berücksichtigt.

einstimmig zugestimmt

**23 Umsetzung des Radschnellweges auf Monheimer Stadtgebiet
Vorlage: IX/0949**

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion sich bei der Abstimmung enthalten werde, da die Verwaltung noch keine konkreten Angaben zu den finanziellen Auswirkungen bei der Entscheidung für einen kommunalen Radschnellweg gemacht habe. Der grundsätzlichen Umsetzung eines Radschnellweges stehe man positiv gegenüber.

Der Bürgermeister präzisiert die Ausführungen der Vorlage dahingehend, dass für den Radschnellweg bisher nur eine Machbarkeitsstudie vorliege. Konkrete Planungen, die Verhandlungen über die Kostenteilung mit dem Landesstraßenbetrieb Straßen NRW hätten möglich machen können, lägen noch nicht vor.

Beschluss

Zur Umsetzung des Radschnellweges auf Monheimer Stadtgebiet beschließt der Rat der Stadt folgende Vorgehensweise:

1. Er nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Umsetzung und Verfahrensweise des Radschnellweges im Rahmen des Landesprogrammes zur Kenntnis.
2. Er beschließt den formalen Austritt aus der Arbeitsgemeinschaft der Städte Neuss, Düsseldorf, Langenfeld und Monheim.
3. Er beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung des bisherigen Radschnellweges auf Monheimer Stadtgebiet als kommunalen

Radschnellweg fortzusetzen. Die Umsetzung soll nach städtischen Erfordernissen erfolgen.

4. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Umsetzung von Maßnahmen des Radschnellweges auf Monheimer Stadtgebiet Fördermittel des Landes zu beantragen.
5. Er beschließt, dass jedes Einzelprojekt nochmals durch einen gesonderten Baubeschluss angemeldet und beauftragt wird.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen: 22 PETO, 1 LINKE, 1 BM
6 Nein-Stimmen: CDU
5 Enthaltungen: 2 Bündnis90/Die Grünen, 2 SPD, 1 FDP

mehrheitlich zugestimmt

**24 Abschlussbericht integriertes energetisches Quartiersanierungskonzept für das Berliner Viertel
Vorlage: IX/0982**

Der Bürgermeister beantwortet die von Ratsherrn Wölk - FDP - schriftlich eingereichte Frage wie folgt:

Mit dem Beschluss sind weder direkte, noch indirekte Kosten verbunden. Es handelt sich um eine Maßnahme aus dem Klimaschutzkonzept der Stadt Monheim am Rhein. Die benannten Maßnahmen bezüglich der Bebauung sind Sache der privaten Eigentümer. Hier bietet die Stadt Monheim am Rhein im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes begleitende Beratung an. Die Koordinationsaufgaben, die Bürgerinformation u.ä. werden durch das vorhandene Personal und die bestehenden Mittel des Klimaschutzes erfüllt. Weitere Planungsaufgaben wie z.B. ein Farbkonzept für das Quartier werden aus den laufenden Planungsmitteln finanziert. Sollten darüber hinaus Maßnahmen mit finanziellen Auswirkungen realisiert werden, ist ein gesonderter Beschluss des Rates erforderlich.

Beschluss

Das integrierte energetische Quartiersanierungskonzept für das Berliner Viertel wird in der vorliegenden Form beschlossen und die Verwaltung beauftragt hieraus für das weitere Vorgehen geeignete Einzelmaßnahmen abzuleiten.

einstimmig zugestimmt

**25 Bebauungsplan 126M "Menk-Gelände"
1. Behandlung der Anregungen
2. Satzungsbeschluss
3. städtebaulicher Vertrag
Vorlage: IX/0828**

Beschluss

1. Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Vorlage beschlossen.
2. Der Bebauungsplan 126M „Menk-Gelände“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist

- gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.
3. Dem städtebaulichen Vertrag wird zugestimmt.

einstimmig zugestimmt

26 Bebauungsplan 94.1M - 3. Änderung "Am Kielsgraben"

1. Abwägung der Anregungen

2. Satzungsbeschluss

Vorlage: IX/0926

Beschluss

1. Die Anregungen aus den öffentlichen Beteiligungen der Planung werden zur Kenntnis genommen und entsprechend der Anlagen zur Vorlage beschlossen.
2. Der Bebauungsplan 94.1 M – 3.Änderung „Am Kielsgraben“ wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen. Dem Bebauungsplan ist gemäß § 9 Abs. 8 BauGB eine Begründung beigefügt.

einstimmig zugestimmt

27 Bebauungsplan 49B "Gewerbegebiet Knipprather Busch" - 2. Änderung

Verlängerung der Veränderungssperre

Vorlage: IX/0967

Beschluss

Auf Grundlage des § 17 Abs.1 BauGB wird die für den Geltungsbereich der 2. Änderung des Bebauungsplanes 49B „Gewerbegebiet Knipprather Busch“ seit dem 19.12.2014 bestehende Satzung über die Veränderungssperre um 1 Jahr verlängert.

einstimmig zugestimmt

28 Vergabe von Straßennamen

Vorlage: IX/0975/1

Der Bürgermeister weist auf die geänderte Beschlussempfehlung hin.

Ratsherr Wölk - FDP - erklärt, dass er die Auswahl der Straßennamen sowohl im Hinblick auf die Aussprache als auch die Schreibweise für unglücklich halte. Er würde eine andere Benennung für vorteilhafter halten.

Sowohl der Sprecher der SPD-Fraktion als auch der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklären, dass sie nach eingehenden interner Beratungen der Vorlage zustimmen würden. Die unter den Punkten 2 und 3 vorgeschlagenen Namen und die Bezeichnung „Europaallee“ würden sehr positiv bewertet. Unter dem besonderen Aspekt der langjährigen Partnerschaft mit Tirat Carmel wolle man sich den vorgeschlagenen israelischen Straßennamen nicht verschließen.

Ein Sprecher der PETO-Fraktion bezieht sich auf die Vorberatungen im Fach- als auch im Haupt- und Finanzausschuss und begründet nochmals die vorgeschlagene Namensauswahl. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Im Anschluss erklärt der Sprecher der CDU-Fraktion unter Hinweis auf die

Diskussion im Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr, dass seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen werde. Der durch seine Fraktion eingebrachte Antrag, bei der Straßennamenvergabe die alten Flurbezeichnungen zu verwenden, sei abgelehnt worden. Diesen Antrag wolle er heute nicht wiederholen. Allerdings weist er auf die im Fachausschuss vorgetragene Meinung hin, wonach eine Benennung der Straßen nach Personen immer auch eine Diskussion über deren Qualifikation und/oder Parteizugehörigkeit mit sich zöge. Besonders bemängelt er, dass im Fachausschuss erklärt worden sei, dass eine Änderung der vorgeschlagenen israelischen Namen nicht mehr möglich sei, da diese mit der Partnerstadt Tirat Carmel abgesprochen worden seien. Damit würde den Ratsmitgliedern die Möglichkeit der Diskussion und Entscheidung entzogen. Er hätte es begrüßt, wenn ein Konzept über die zukünftige Straßennamenvergabe in dem Plangebiet vorher zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt worden wäre. Die Bezeichnung der Spange, die die künftigen Quartiere miteinander verbinden soll, als Europaallee wird für den Stadtteil Baumberg nicht befürwortet.

Der Bürgermeister skizziert in seiner Antwort den Weg zu der jetzt zur Beschlussfassung vorliegenden Vorlage. Es habe eine Anregung aus der SPD-Fraktion gegeben, in diesem Baugebiet Städtenamen aus den Partnerstädten zu platzieren. Im Wissen um diesen Wunsch, sei die Idee entstanden, Partnerschaftsquartiere zu kreieren. Danach sei der Partnerstadt Tirat Carmel eine Liste von Vorschlägen mit der Bitte um Bewertung und Ergänzung überreicht worden. Aus dem Kompendium der Namen seien dann die jetzt vorgeschlagenen Namen von der Verwaltung ausgewählt worden. Eine Erwartung in Tirat Carmel, dass die Namen so beschlossen würden, bestünde nicht. Der Rat sei in seiner Entscheidung frei.

Beschluss

1. Die Planstraßen im Baugebiet zum Bebauungsplan 63 B „Am Waldbeerenberg“ werden:
 - Europaallee
 - Yitzhak-Rabin-Straße
 - Hannah-Szenes-Straße
 - Menachem-Begin-Straße
 - Tirat-Carmel-Straße
 - Henrietta-Szold-Straßebenannt.
2. Der Grünzug zwischen der Geschwister-Scholl-Straße und der Benrather Straße wird „Ataşehir-Park“ benannt.
3. Der „Königsberger Platz“ wird in „Malbork-Platz“ umbenannt.

Abstimmungsergebnis:

29 Ja-Stimmen: 22 PETO, 3 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 LINKE, 1 BM
7 Nein-Stimmen: 6 CDU, 1 FDP

mehrheitlich zugestimmt

2. Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

1. Herr Josef Lambertz, Lortzingweg 9, bezieht sich auf die Umbaumaßnahme der Sandstraße. Nach Pressemitteilungen sei im Zusammenhang mit dem

Straßenumbau die Fällung von sechs Linden geplant.
In dem Planungsbereich gäbe es keine Linden. Er bittet um Auskunft.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Debatte um die Straßenumbaumaßnahme und evtl. damit einhergehenden Fällungen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen und nicht im Rahmen eines Baubeschlusses geführt worden sei. Die angesprochenen Bäume stünden teilweise auf vorhandenen Leitungen. Mit der endgültigen Umgestaltung des westlichen Abschnitts der Sandstraße werde der Rat sich noch beschäftigen. Es sei auch noch eine Bürgerbeteiligung zu diesem Thema geplant.

2. Herr Lambertz nimmt Bezug auf das geplante Radwegenetz und weist auf Skizzen zu dem Wegeplan in der Presse hin, die ihm nicht erklärlich seien. Er fragt an, wo der Weg konkret verlaufen soll.

Der Bürgermeister antwortet, dass der Radschnellweg auf Monheimer Gebiet aufgrund des heute gefassten Beschlusses durch die Stadt geplant und umgesetzt werden solle. Die konkreten Baubeschlüsse stünden noch aus. Sobald Detailpläne erarbeitet worden seien, die als Grundlage für den zu fassenden Baubeschluss dienen, würden diese der Öffentlichkeit vorgestellt. Der grobe Streckenverlauf liege entlang der Kleingartenanlagen in Baumberg, über die Baumberger Chaussee und vorbei am Monbaggersee.

29 Fortführung integriertes Handlungskonzept Vorlage: IX/0979

Eingangs weist der Bürgermeister auf die Sondersitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr hin, in der das Thema eingehend vorberaten wurde.

Der Sprecher der CDU-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion dem Beschluss nicht zustimmen werde. Die Kritik richte sich vor allem gegen die massive Nachverdichtung. Dieses politische Signal wolle man nicht geben. Er wolle nicht ausschließen, dass die CDU-Fraktion einzelnen Maßnahmen in der Zukunft zustimmen würde, wenn diese zur Beratung und Beschlussfassung anstünden.

Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen, erklärt ein Sprecher der PETO-Fraktion. Bei dem vorliegenden integrierten Handlungskonzept handele es sich um ein Ideenpapier, welches zum jetzigen Zeitpunkt ermögliche, Fördermittel zu generieren. Dass die inhaltliche Debatte zu den Einzelmaßnahmen statfinde, verstehe sich von selbst.

Die SPD-Fraktion werde sich bei der Abstimmung enthalten, führt deren Sprecher aus. Die Vorlage werde als hervorragende Ideensammlung betrachtet, wobei bestimmte Einzelmaßnahmen kritisch zu sehen seien. Außerdem werde die Generierung von Zuschussmitteln deshalb kritisch gesehen, weil eine Einbettung der Mittel in die Haushalte der Folgejahre fehle.

Der Sprecher der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an und erklärt, dass man sich ebenfalls enthalten werde. Das Konzept werde grundsätzlich nicht abgelehnt, aber man wolle es nicht in der Gänze beschließen. Dass über jeden einzelnen Aspekt gesondert beraten und beschlossen werden soll, setze er voraus.

Auf Nachfrage eines Ratsmitglieds der Fraktion Bündnis90/DieGrünen teilt der Bürgermeister mit, dass sowohl der Ernst-Reuter-Platz als auch die Friedrichstraße in dem Konzept nicht ausgewiesen worden seien, sei darauf zurückzuführen, dass dort Maßnahmen bereits öffentlich gefördert worden seien und die Zweckbindung noch laufe.

Verbesserungsmöglichkeiten im Bereich der Unterführung könne man sich durchaus mit städtischen Mitteln vorstellen, erklärt der Sprecher der SPD-Fraktion.

Die Verwaltung habe für den Bereich Unterführung bereits Verbesserung zugesagt, entgegnet der Bürgermeister. Das vorhandene Büdchen solle kurzfristig adäquat und regelmäßig genutzt werden.

Beschluss

Die Fortführung des integrierten Handlungskonzepts zur Stärkung der Innenstadt in Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Verwaltung wird beauftragt die notwendigen Anträge zur Fortschreibung des Städtebauförderprogramms zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen: 22 PETO, 1 LINKE, 1 BM
6 Nein-Stimmen: CDU
6 Enthaltungen: 3 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP

mehrheitlich zugestimmt

30 Mo.Ki-Cafe Baumberg Vorlage: IX/0969

Beschluss

1. Zur Unterbringung des Mo.Ki.-Cafes in Baumberg wird die Verwaltung beauftragt, die erforderlichen Verhandlungen zur Anmietung des ehemaligen Schlecker-Ladenlokals im Einkaufszentrum Holzweg abzuschließen.
2. Nach Abschluss des Mietvertrages sind Planung und Realisierung auf Grundlage des in dieser Vorlage dargestellten Raumprogramms und innerhalb des Kostenrahmens von 490.000 EUR vorzunehmen.
3. Zur Finanzierung der Baumaßnahmen werden 490.000 EUR als Investition in die Änderungsliste zum Teilfinanzplan B 2017 aufgenommen.
4. Die Finanzierung der Mieten und des Betriebskosten erfolgt aus den im Haushalt 2017 im Produkt 06.04.00 Prävention etatisierten Mitteln in Höhe von 120.000 EUR.

einstimmig zugestimmt

31 Ausbau des Städtischen Bürgerservice - "Rathaus kompakt" -Inneneinrichtung Bürgerbüro und Empfangsbereich- Vorlage: IX/1001

Der Sprecher der SPD-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion den Umbau für

überdimensioniert halte und im Zuge dessen auch die Einrichtungskosten zu hoch seien.

Auch der Sprecher der CDU-Fraktion führt aus, dass die Umbaumaßnahme überproportioniert und dadurch zu kostenträchtig sei. Abgesehen davon, dass die geplante Innenarchitektur für das Standesamt keinen Gefallen finde, sei man der Ansicht, dass eine optimierte Leistungsfähigkeit und Bürgerfreundlichkeit auch ohne maßangefertigte Möbel möglich sein müsse.

Der Bürgermeister nimmt zu den Ausführungen seiner Vorredner Stellung und erklärt, dass Mehrkosten u.a. durch die Aufnahme des Standesamtes in die Neugestaltung entstünden. Auch ein großer Spielbereich für Kinder und die maßangefertigten Schreibtische für die Beraterplätze machten Mehrausgaben erforderlich. Hinsichtlich der bemängelten Farbgestaltung in „Blau“ weist der Bürgermeister auf das neue Corporate Design und das Gänseliesellogo hin. Die Farbgestaltung im Bürgerbüro solle sich daran orientieren. Wenn der Rat keine zusätzlichen Mittel freigäbe, könnten selbstverständlich auch die alten Möbel verwendet werden.

Das Geld für die Ausstattung und Inneneinrichtung des Bürgerbüros werde richtig investiert, stellt ein Sprecher der PETO-Fraktion fest. Wegen der durch den Sprecher der CDU-Fraktion an der Innenarchitektur des Standesamtes geäußerten Kritik, mahnt er die Darlegung eines Gegenvorschlages an.

Nachdem weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, stellt der Bürgermeister die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss

1. Die Inneneinrichtung für den Bereich des Bürgerbüros und den Empfangsbereichs ist entsprechend der beigefügten Planung auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die Finanzierung erfolgt über die im Teilfinanzplan B unter Investitionsnummer I7102.028 (Einrichtungsgegenstände Bereiche) enthaltenen Haushaltsansatz in Höhe von 300.000 EUR, welcher um 135.000 EUR auf insgesamt 435.000 EUR zu erhöhen ist.

Abstimmungsergebnis:

26 Ja-Stimmen: 22 PETO, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 LINKE, 1 BM
10 Nein-Stimmen: 6 CDU, 3 SPD, 1 FDP

mehrheitlich zugestimmt

32 MonChronik-Modul "Aalschokker" sowie Neuherrichtung Parkplatz Klapperstorstraße - Baubeschluss - Vorlage: IX/0997

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt, das MonChronik-Modul „Aalschokker“ einhergehend mit der Neuherrichtung des Parkplatzes

Klappertorstraße zu realisieren.

2. Die Finanzierung erfolgt wie folgt:

- a) Die Restaurierung des Schiffes erfolgt über die im Haushalt unter I6107.001 veranschlagten Mittel in Höhe von 340.000 EUR, von denen 50% über eine bereits bewilligte Förderung refinanziert werden.
- b) Die Aufständigung des Aalschockers (Plattform) wird über die unter I7102.096 bereits im Haushalt 2017 veranschlagten Mittel finanziert, wobei der dortige Ansatz auf 630.000 EUR angepasst wird.
- c) Die Finanzierung der Treppenanlage wird über die unter I6004.088 bereits im Haushalt 2017 veranschlagten Mittel finanziert, wobei der dortige Ansatz auf 840.000 € angepasst wird.
- d) Die Finanzierung des Parkplatzes erfolgt über die im Haushalt 2017 unter I6004.077 zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 750.000 EUR.
- e) Für die museale Einrichtung sind im Haushalt 2017 unter I6107.001 (MonChronik) Mittel in Höhe von 80.000 EUR vorgesehen.

einstimmig zugestimmt

**33 Schulzentrum Berliner Ring
- Planungsauftrag Umbau im Bestandsgebäude -
Vorlage: IX/0984**

Beschluss

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die am Schulzentrum Berliner Ring erforderlichen Umbaumaßnahmen im Bestand die Planungen zu erstellen und den Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung (Baubeschluss) vorzulegen.
2. Als Kostenrahmen werden 3,07 Mio. EUR festgelegt, von denen im Teilfinanzplan B zum Haushalt 2017 0,3 Mio. EUR als Ausgabemittel und 2,77 Mio. EUR als Verpflichtungsermächtigung für die Folgejahre vorgesehen werden.

Abstimmungsergebnis:

30 Ja-Stimmen: 22 PETO, 3 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP, 1 LINKE, BM
6 Nein-Stimmen: CDU

mehrheitlich zugestimmt

Herr Nagy - CDU-Fraktion - zeigt Ausschließungsgründe an und nimmt im Zuschauerraum Platz.

**34 Sanierung und Neubau der städtischen Übergangwohnheime Niederstraße
-Baubeschluss-
Vorlage: IX/1002**

Beschluss

1. Der Neubau sowie die Bestandssanierungen der Übergangwohnheime an

der Niederstraße sind entsprechend Planung auszuschreiben und zu realisieren.

2. Die Außenanlagen sind zu planen und den Ratsgremien zur gesonderten Beschlussfassung vorzulegen.
3. Die Finanzierung erfolgt über das bereits genehmigte Budget in Höhe von 3,7 Mio. EUR. Die Haushaltsmittel sind im Teilfinanzplan B unter I7102.060 in der entsprechenden Höhe zu planen.

einstimmig zugestimmt

Herr Nagy nimmt seinen Platz wieder ein.

35 Beteiligungsbericht der Stadt Monheim am Rhein 2015/2016
Vorlage: IX/1004

Der Beteiligungsbericht wird zur Kenntnis genommen.

36 Optionserklärung zur Umsatzbesteuerung
Vorlage: IX/0953

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt

- das Optionsrecht gem. § 27 Abs. 22 S. 3 UStG gegenüber dem Finanzamt in Anspruch zu nehmen
- sämtliche Leistungen der Stadt und ggf. die diesen zugrunde liegenden vertraglichen Regelungen auf ihre künftige umsatzsteuerrechtliche Relevanz zu überprüfen.

einstimmig zugestimmt

Bevor in die Beratung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte eingestiegen wird, unterbricht der Bürgermeister die Sitzung für eine Pause von ca. 20 Minuten.

37 Stellenplan 2017
Vorlage: IX/0940

Der Bürgermeister schlägt vor, über die Tagesordnungspunkte 37 und 38 gemeinsam zu beraten. Nach den Haushaltsreden der Fraktionsvorsitzenden soll dann die getrennte Abstimmung über die vorgenannten Tagesordnungspunkte erfolgen.

Anschließend erteilt der Bürgermeister in nachfolgend aufgeführter Reihenfolge den Sprechern der Fraktionen das Wort, um die Haushaltsreden vorzutragen:

1. Herr Andy Eggert, stellvertretender Vorsitzender der PETO-Fraktion
2. Herr Markus Gronauer, Vorsitzender der CDU-Fraktion
3. Herr Werner Goller, Vorsitzender der SPD-Fraktion

4. Herr Manfred Poell, Vorsitzender der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

Hinweis zum Protokoll:

Die Haushaltsreden werden der Niederschrift als Anlagen beigefügt.

Der Bürgermeister ergreift das Wort, um auf die Haushaltsreden zu erwidern.

Die Mitglieder der CDU-Fraktion verlassen unter Protest den Saal, weil es bisher geübte Praxis gewesen sei, dass es weder Aussprachen oder Kommentierungen zu den Haushaltsreden des Bürgermeisters und der Kämmerin noch zu denen der Fraktionsvorsitzenden gegeben habe.

Der Bürgermeister nimmt Stellung zu den Haushaltsreden.

Nach Beendigung des Wortbeitrags des Bürgermeisters nimmt die CDU-Fraktion wieder ihre Plätze ein.

Bevor der Bürgermeister zur Abstimmung aufruft, teilt er noch eine Änderung zum Stellenplanentwurf mit. Er bittet die Ratsmitglieder ihre Unterlagen entsprechend zu ergänzen.

Bei der Änderung handele es sich um eine zusätzliche Stelle der Entgeltgruppe 13 mit kw-Vermerk, die bis zur Neubesetzung der Stelle des gekündigten VHS-Leiters für die Übergangszeit befristet mit einer pädagogischen Kraft besetzt werden solle.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt, dass seine Fraktion sich bei der Abstimmung über den Stellenplan enthalten werde, weil die Ausweitung der Stellen im Bürgerbüro zu umfangreich sei.

Im Anschluss ruft der Bürgermeister die Tagesordnungspunkte 37 (mit Ergänzung) und 38 einzeln zur Abstimmung auf.

Beschluss mit Ergänzung

Der Stellenplan 2017 wird in der von der Verwaltung eingebrachten Form, die sich aus den beigefügten Tabellen ergibt, beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

25 Ja-Stimmen:	23 PETO, 1 LINKE, 1 BM
10 Nein-Stimmen:	6 CDU, 3 SPD, 1 FDP
2 Enthaltungen:	Bündnis90/Die Grünen

mehrheitlich zugestimmt

38 Haushaltssatzung 2017 Vorlage: IX/0942/1

Beschluss

1. Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2017 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er
 - a) aufgrund eigener Zuständigkeit oder

- b) aufgrund von Empfehlungen der Fachausschüsse oder
 - c) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung
- beschlossen hat, angenommen.
2. Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2017 wird mitsamt ihren Anlagen beschlossen. Die als Anlage 1 beigefügte Haushaltssatzung 2017 wird Bestandteil des Beschlusses. Die Budgetzuordnung auf die einzelnen Produkte ist als verbindlich anzusehen.
 3. Der Rat macht sich die Stellungnahme der Verwaltung vom 29. und 30.11.2016 zu den einzelnen Bürger-Ideen und Bürger-Kommentaren im Rahmen der Online-Beteiligung unter Ergänzung der Änderungsvorschläge aus den Beratungen der Fachausschüsse und des Haupt- und Finanzausschusses zu Eigen (Anlage 4).

Abstimmungsergebnis:

24 Ja-Stimmen: 23 PETO, 1 BM
12 Nein-Stimmen: 6 CDU, 3 SPD, 2 Bündnis90/Die Grünen, 1 FDP
1 Enthaltung: Die LINKE

mehrheitlich zugestimmt

39 Antrag der Fraktion Bündnis'90/Die Grünen "Verfahren zur Kontrolle der Umsetzung von Ratsbeschlüssen"
Vorlage: IX/0914

Der Sprecher der antragstellenden Fraktion begründet den Antrag unter anderem mit dem Hinweis auf fehlende Ausführungen zu „Altfällen“ speziell in den Fachausschüssen. Seines Erachtens könne durch die Anwendung eines Zusatzmoduls im Ratsinformationssystem Session ein umfassendes Kontrollverfahren abgebildet werden. Er würde es begrüßen, wenn man die gebotenen technischen Möglichkeiten wahrnehmen würde.

Der Bürgermeister nimmt zu dem Antrag Stellung und stellt dar, wie das Thema Beschlusskontrolle in der Verwaltung betrachtet und umgesetzt werde. Besonders weist er darauf hin, dass durch den Rat die entscheidungsrelevanten Beschlüsse gefasst würden und in diesem Gremium würde regelmäßig ausführlich zu den Altfällen berichtet. Die Fachausschüsse würden in der Regel ausschließlich vorberatend tätig, so dass dort eine intensive und arbeitsaufwendige Berichterstattung nicht ausgeführt werde.

Für die s. E. notwendigen Recherchen wäre eine Darstellung im Ratsinformationssystem hilfreicher, erklärt der Sprecher der Fraktion von Bündnis90/Die Grünen.

Ein Sprecher der PETO-Fraktion führt aus, dass seine Fraktion in dem beantragten Verfahren im Verhältnis zu dem Mehraufwand keinen großen Nutzen oder Vorteil für die Arbeit erkennen könne. Er halte eine gezielte Anfrage zum Sachstand eines bestimmten Antrags oder Projekts bei der Verwaltung oder in den zuständigen Gremien für weitaus zielführender.

Ein Sprecher der Fraktion Bündnis90/Die Grünen erklärt, dass man den Aufwand für

die Verwaltung so gering wie möglich halten wolle. Er regt an, das Modul von Session zu prüfen.

Auf den Vorschlag seines Vorredners erklärt er, dass manche Infos direkt benötigt werden würden und nicht erst nach einem Anruf oder einer Anfrage.

Der Bürgermeister macht im weiteren Verlauf der Diskussion folgenden Alternativvorschlag:

Es werde auf einem allgemein zugänglichen Laufwerk ein Ordner eingerichtet, in dem alle Ausführungsberichte als Word-Dateien abgespeichert werden würden. Über die Eingabe eines Suchbegriffs würde dann sofort der betreffende Ausführungsbericht angezeigt werden. Das hätte den Vorteil, dass kein zusätzlicher Arbeitsaufwand entstünde, weil nur die Dokumente zentral abgelegt werden würden, die bisher auch schon bereitgestellt würden.

Nachdem die Sprecher der antragstellenden Fraktion nochmals betont haben, dass der Aufwand bei größtmöglichem Input so gering wie möglich gehalten werden solle, erklären sie sich mit dem Vorschlag des Bürgermeisters einverstanden.

Der Bürgermeister sagt die Umsetzung zu und stellt in Aussicht, über das Thema nach einer Testphase ggf. erneut zu beraten.

Auf den Hinweis des Sprechers der Fraktion Bündnis90/Die Grünen das einzurichtende Laufwerk nicht nur auf den PCs in den Fraktionsbüros, sondern auch auf anderen Geräten zugänglich zu machen, weil seine Fraktion nicht im Fraktionsbüro tage, sagt der Bürgermeister eine Klärung durch den Bereich Informationstechnologie zu.

Auf die Anregung des Ratsherrn Wölk - FDP - die Beschlusskontrolle im Ratsinformationssystem abzubilden, weil dadurch eine größere Transparenz auch für den Bürger gegeben sei, erklärt der Bürgermeister, dass es fraglich sei, ob der entstehende Aufwand dadurch gerechtfertigt sei. Man dürfe Aufwand- und Nutzenrelation nicht aus den Augen verlieren. Unter Hinweis auf die Arbeitsabläufe, wonach vor Bekanntgabe des Ausführungsberichts die Abstimmung mit dem Bürgermeister erfolgt, stellt er fest, dass diese Abstimmung bei dem angeregten Verfahren nur durch arbeitsaufwändige Maßnahmen beizubehalten seien. Er wirbt für das vorgeschlagene Alternativverfahren einer zentral zugänglichen Datei. Gleichzeitig sagt er zu, eine Möglichkeit zu finden, um den beiden Einzelratsmitgliedern diese Informationen zugänglich zu machen. Sollte der gewünschte Effekt nicht erreicht werden, stünde den Antragstellern frei, ggf. einen neuen Antrag einzubringen.

40 Antrag der SPD-Fraktion vom 30.11.2016 "Übertragung der Sitzungen im Internet (Livestream)"
Vorlage: IX/1007

Ein Sprecher der antragstellenden Fraktion erläutert den Antrag.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Verwaltung sich zu diesem Thema noch keine abschließende Meinung gebildet habe. Es sei sicher nicht ausreichend, nur eine Webcam zu installieren. Unter Hinweis auf fehlende rechtliche Grundlagen zum Streaming und hierbei zu beachtende Einzelheiten sowie eine Kostenermittlung schlägt er vor, den Antrag in einen Prüfauftrag für die Verwaltung umzuwandeln. Die Verwaltung werde dann eine Vorlage mit allen Details erarbeiten und dem Rat zur Entscheidung vorlegen.

Die antragstellende Fraktion ist mit diesem Verfahren einverstanden und wandelt ihren Antrag in einen Prüfauftrag um.

Ein Sprecher der PETO-Fraktion erklärt, dass seine Fraktion dem Prüfauftrag zustimmen werde. Auf der Grundlage einer Verwaltungsvorlage könne ein Abwägungsprozess über Kosten und Nutzen stattfinden.

Aufgrund von Anmerkungen eines Sprechers der PETO-Fraktion zu der Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden der SPD-Fraktion, entwickelt sich eine Debatte zum Thema Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung, insbesondere seit dem Beginn der Amtszeit des PETO-Bürgermeisters.

Er zählt beispielhaft u.a. den Online-Haushalt, den Mängelmelder, umfangreiche Bürgerbeteiligungen und Fragen zu Tagesordnungspunkten in Sitzungen auf. Das alles habe es vorher nicht gegeben.

Der Sprecher der SPD-Fraktion entgegnet, dass viele der aufgezählten Beispiele der rasant voranschreitenden gesellschaftlichen und technischen Veränderungen geschuldet seien. Das seien keine „Erfindungen“ der PETO-Partei. Er weist zum Beispiel darauf hin, dass Monheim eine der ersten Kommunen gewesen sei, die die Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner installiert habe. Auch vor Beginn der PETO-Mehrheit habe es Öffentlichkeitsarbeit gegeben.

Seine Strategie und die der PETO-Fraktion sei es - spätestens seit der Wahl 2014 -, stärker als zuvor auf Bürgerbeteiligung zu setzen. Erst in Bürgerworkshops oder im Rahmen von Bürgerbeteiligungen könne man den Bürgerwillen erfahren. Auch könne dort viel eher für Projekte geworben werden. Er habe das Ziel mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen, weil er die Verwaltung als Mitentwickler und nicht als Erfüllungsgehilfe sehe.

Abschließend hält er fest, dass er Livestream-Übertragungen unter den Voraussetzungen der rechtlichen und technischen Möglichkeiten überaus positiv gegenüberstehe, zumal sich dann die Öffentlichkeit ein Bild darüber machen könne, welche Positionen von wem vertreten würden.

Der Bürgermeister formuliert den Beschlussvorschlag wie folgt:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine entscheidungsreife Beschlussvorlage zum Livestreaming von Rats- und Ausschusssitzungen sowie der späteren Bereitstellung der Videomitschnitte im Internet zu erarbeiten.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine entscheidungsreife Beschlussvorlage zum Livestreaming von Rats- und Ausschusssitzungen sowie der späteren Bereitstellung der Videomitschnitte im Internet zu erarbeiten.

einstimmig zugestimmt

**41 Nachwahlen und Nachbenennungen von Mitgliedern in Ausschüssen
Vorlage: IX/1008**

Beschluss

Die Nachbesetzungen in Ausschüssen und Gremien wird gemäß der beigefügten

Anlage 1 beschlossen. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

einstimmig zugestimmt

42 Mündliche Mitteilungen

Es liegen keine mündlichen Mitteilungen vor.

43 Mündliche Anfragen

Es werden keine mündlichen Anfragen gestellt.

Der Bürgermeister schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und bedankt sich bei den noch anwesenden Besucherinnen und Besuchern für ihr Interesse und wünscht allen noch einen schönen Abend.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Beate Hellingrath
Schriftführerin